

Abtreibungsgegner werben mit Hitler-Bild

WARSCHAU (dpa). Radikale Abtreibungsgegner in Polen diffamieren die Befürworter eines Schwangerschaftsabbruchs als Nachfolger von Adolf Hitler – mit Plakaten mit Hitler-Porträts sowie Bildern abgetriebener Föten. „Abtreibung für Polinnen, eingeführt von Hitler am 9. März 1943“, heißt ihre Parole.

Schlagersendungsmoderator will Premier werden

BUDAPEST (APA). Ein Moderator beliebter Schlagersendungen will Regierungschef Ungarns werden: Adam Fasy, der im Privatsender ATV eine „Musikantenstadt“-artige Sendung leitet. Er soll Spitzenkandidat für den „Unternehmerverband für Reformen“ (VSZ) werden, weil er unter einfachen Menschen und Pensionisten beliebt sei.

„Totales Wirtschaftsembargo“ gegen die Schweiz

TRIPOLIS (APA/sda). Der Zwist zwischen Tripolis und Bern ist um eine Facette reicher: Libyen verhängt ein totales Wirtschaftsembargo gegen die Schweiz. Zuletzt hatte der libysche Staatschef Muammar al-Gaddafi zum Heiligen Krieg („Dschihad“) gegen die Schweiz aufgerufen (wir berichteten).

MINDERHEITEN IN EUROPA**Ratibor: Unterricht ist wieder zweisprachig**

RATIBOR/RACIBÓRZ (sch). In der zweisprachigen Grundschule Joseph von Eichendorff in Ratibor (Schlesien) wird seit dem 1. März wieder auf Polnisch und auf Deutsch unterrichtet.

Wie berichtet, hatte Ende Jänner die Stadtverwaltung ohne Vorwarnung und stichhaltige Begründung verfügt, dass der Unterricht in der öffentlichen Grundschule nur noch auf Polnisch abzuhalten sei.

Nach dem Ende der Winterferien wurde der Unterricht am 1. März wieder zweisprachig aufgenommen; nur Polnisch und polnische Geschichte werden wie zuvor in jedem Fall auf Polnisch unterrichtet. Die Gesellschaft zur Unterstützung der Deutschen in Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen (AGMO) in Bonn begrüßt die Wiederaufnahme des zweisprachigen Unterrichts und betont, dass es sich für die Vertreter der deutschen Volksgruppe in Polen lohne, ihre gesetzlich garantierten Volksgruppen- und Minder-



Die zweisprachige Grundschule in Ratibor

heitenrechte vehement einzufordern – auch gegen Widerstände aus Politik und Verwaltung.

Die AGMO weist aber auch darauf hin, dass das Problem der angeblichen Unvereinbarkeit zweisprachiger Schulen in Polen noch nicht grundsätzlich gelöst sei. Dies beweise ein Fall in Opatów-Gosławitz, wo im Februar die Bemühungen um eine zweisprachige Grundschule gescheitert seien.

Rechtspopulisten im Aufwind

KOMMUNALWAHLEN: Wilders-Partei gewinnt in Almere und wird in Den Haag zweitstärkste Kraft

DEN HAAG (APA/AFP/dpa). Nach dem symbolischen Erfolg seiner Partei für die Freiheit (PVV) bei den Kommunalwahlen strebt der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders bei den Parlamentswahlen im Juni nach der Macht.

Die PVV hatte vorgestern die Stadtratswahl in Almere gewonnen und landete in Den Haag, dem Regierungssitz, auf Platz zwei. „Was in Den Haag und Almere möglich ist, ist im ganzen Land möglich“, sagte Wilders, der mit seiner PVV gegen eine vermeintliche Islamisierung der Niederlande kämpft. Die Kommunalwahlen seien „ein Sprungbrett für unseren Sieg“.

Die Niederländer wählen am 9. Juni ein neues Parlament, nachdem die Regierungskoalition des christdemokratischen Ministerpräsidenten Jan-Peter Balkenende vor zwölf Tagen am Streit um den Afghanistan-Einsatz zerbrochen war. Wilders Partei trat erstmals seit ihrer Gründung 2006 bei Kommunalwahlen an und hatte lediglich in zwei Städten Listen aufgestellt. In der 187.000-Einwohner-Stadt Almere östlich von Amsterdam kam die PVV nach Auszählung fast aller Stimmen



„Wir werden die stärkste Partei in den Niederlanden werden“, sagte Wilders vor seinen Anhängern. APA/epa

auf 21,6 Prozent. Sie eroberte damit neun der 39 Sitze im Stadtparlament. Auf die bisher dort regierenden Sozialdemokraten von der PvdA entfielen 17,6 Prozent der Stimmen. In Den Haag blieb die PvdA mit zehn Sitzen stärkste Kraft. Die PVV holte hier acht Sitze. Angaben zum Stimmverhältnis wurden zunächst nicht veröffentlicht.

Insgesamt waren zwölf Millionen Niederländer zu den Kommunalwahlen aufgerufen, die

Beteiligung lag mit 53,3 Prozent gut drei Prozentpunkte unter dem Wert von 2006. Die PvdA fiel landesweit von gut 23 Prozent auf rund 16 Prozent der Stimmen ab. Die Christdemokraten mussten einen Rückgang von zwei Prozentpunkten auf knapp 17 Prozent hinnehmen. „Wir hätten uns ein besseres Ergebnis gewünscht“, sagte Balkenende.

Die Endergebnisse sollen binnen zwei Tagen veröffentlicht

werden. In Umfragen für die Parlamentswahlen liegt die PVV nur knapp hinter den Christdemokraten, einige Meinungsforscher sehen sie sogar vorn.

Die rechtspopulistische Partei wirbt für einen Baustopp für Moscheen und macht sich für ein Zuwanderungsverbot aus muslimischen Ländern stark. Parteigründer Wilders nannte den Islam „das größte Problem der Niederlande“, den Koran bezeichnete er als „faschistisch“.

Italien testet Körperscanner auf römischem Flughafen

ROM (APA). Italien beginnt am heutigen Freitag die umstrittenen Körperscanner auf dem römischen Flughafen Fiumicino zu testen. Die sogenannten Nacktscanner sollen erstmals auf Flügen in Richtung USA, Israel und Großbritannien ausprobiert werden. Der erste Körperscanner, der in Italien eingesetzt wird, wurde gestern in Fiumicino vor Verkehrsminister **Altero Matteoli** (Foto) und dem Präsidenten von Italiens ziviler Luftfahrtgesellschaft Enac, Vito

Riggio, vorgestellt. Die Testphase werde rund sechs Wochen dauern. Nach der ersten Phase in Rom sollen Körperscanner auch auf dem Flughafen Mailand-Malpensa und in Venedig getestet werden. Jeder Scanner kostet 150.000 Euro. Gesundheitsminister Ferruccio Fazio versicherte, dass keine Gefahren mit der Röntgenstrahlung verbunden seien. Die Bilder sollen zum Schutz der Privatsphäre nicht eingespeichert werden

Ein Muslimfeind auf Machtkurs

PORTRÄT: Geert Wilders hat vor allem unter radikalen Islamisten viele Feinde – Koran verunglimpft

AMSTERDAM (dpa). Geert Wilders lebt gefährlich. Seine Wohnung, deren Adresse wie ein Staatsgeheimnis gehütet wird, verlässt er nie ohne Leibwächter.

Er hat viele Feinde, vor allem unter radikalen Muslimen. Zwei Männer, zu denen der 1963 in Venlo an der Grenze zu Deutschland geborene Versicherungskaufmann und studierte Rechtswissenschaftler aufschaute, wurden von Attentätern umgebracht: Pim Fortuyn, der schwule Professor der Rotterdamer Erasmus-Universität, der mit seiner Partei Leefbaar Nederland den Multikulti-Staat bekämpfte und Theo van Gogh, der Regisseur und Satiriker, der es wagte, den Islam öffentlich als

rückständig zu geißeln. Oft verweist Wilders auf Van Goghs Mörder Mohammed Bouyeri, einen in Amsterdam geborenen Sohn marokkanischer Einwanderer, um seine Kernthesen zu bekräftigen: Mit Leuten, die dem Islam „verfallen“ seien, könnten christliche oder jüdische Holländer nicht friedlich zusammenleben. Deshalb müsse man die „Islamisierung“ der Niederlande stoppen. Bei seiner Verurteilung zu lebenslanger Haft hatte Bouyeri 2005 gesagt: „Ich würde es wieder tun.“

Wilders stammt aus einer katholischen Familie, bezeichnet sich aber als Atheist. In den Niederlanden solle das Tragen islamischer Symbole in der Öffent-



Will Ministerpräsident der Niederlande werden: Geert Wilders. APA

lichkeit verboten werden, und die Immigranten sollen nicht mehr Sozialhilfe fürs Nichtstun bekommen.

er offenbar nicht allzu große Sympathien. Über seine Militärzeit berichtete Wilders einmal, er sei froh gewesen, bei einer NATO-Übung nicht mit deutschen Soldaten im selben Zelt untergebracht zu sein. Hintergrund sind unglückliche Erfahrungen des Vaters während der deutschen Besetzung im Zweiten Weltkrieg. Gut ist hingegen Wilders' Verhältnis zu Israel, wo er zwei Jahre beruflich tätig war und sich „wie zu Hause fühlte“. Weltbekannt wurde Wilders 2008, als er mit seinem anti-islamischen Propaganda-Kurzfilm „Fitna“ an die dänischen Mohammed-Karikaturen anknüpfte. Er stellte den Koran als geistigen Quell des Terrorismus dar.

China bremst Ausgaben fürs Militär

PEKING (dpa). China bremst den starken Anstieg seiner Militärausgaben. Der Verteidigungshaushalt werde in diesem Jahr nur um 7,5 Prozent – auf umgerechnet 57 Milliarden Euro – zulegen, kündigte der Sprecher des Nationalen Volkskongresses, **Li Zhaoxing**, gestern in Peking an. Nach meist zweistelligen Zuwächsen ist es der niedrigste Anstieg seit zwei Jahrzehnten. Vor dem Hintergrund knapper Kassen durch die Weltwirtschaftskrise sagte Li, es müsse ein „Gleichgewicht“ zwischen Militärausgaben und Wirtschaftsentwicklung geben. Durch massive Staatsausgaben und eine hohe Kreditvergabe



hat China die Krise vergleichsweise gut bewältigt und 2009 ein Wachstum von 8,7 Prozent erreicht. Allerdings sind nötige Umstrukturierungen ausgeblieben, um die übermäßige Exportabhängigkeit zu verringern.

Einfluss von Frauen wächst

UNO: Generalsekretär Ban fordert mehr Einsatz für Gleichberechtigung – Zielvorgabe von 1995 weit weg

NEW YORK (APA/dpa). Frauen gewinnen weltweit politischen Einfluss: Im globalen Durchschnitt ist derzeit jeder fünfte Parlamentssitz von einer Frau besetzt, berichtete die Interparlamentarische Union (IPU).

Das sind fast 50 Prozent mehr als noch vor 15 Jahren. Damals waren Frauen erst mit durchschnittlich 11,3 Prozent in Parlamenten rund um den Globus vertreten. Von der Zielvorgabe der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995, 30 Prozent der parlamentarischen Gewalt in Frauenhände zu geben, sei die internationale Gemeinschaft allerdings noch Jahre entfernt, hieß es bei Veranstaltungen zum diesjähri-

gen Weltfrauentag am UN-Hauptstanz.

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon begrüßte vor Delegierten aus aller Welt, dass „mehr und mehr Länder die Gleichberechtigung von Frauen gesetzlich fördern“. Die Übertragung von Verantwortung auf Frauen „ist wirtschaftlich und gesellschaftlich ein Muss“, sagte Ban in einer Rede zum Internationalen Frauentag am kommenden Montag. „Wohin wir auch schauen – besonders durch die Linsen der Armut – tragen Frauen derzeit noch das schwerste Los“. Er forderte größere Bemühungen für die Gleichstellung der Frau. Die Vereinten Nationen gingen

mit gutem Beispiel voran. Er habe dafür gesorgt, dass die Zahl von Frauen in den Spitzenpositionen der Weltorganisation seit Beginn seiner Amtszeit 2007 um 40 Prozent gestiegen sei. Das sei aber noch nicht genug. Er strebe an, dass ebenso viele Frauen wie Männer in vergleichbaren Positionen bei der Organisation beschäftigt werden, führte der UN-Chef aus.

Das gelte auch für die Friedensmissionen. „Die Erfahrung hat gezeigt, dass weibliche Blauhelme das Gleiche leisten wie ihre männlichen Kollegen – unter den gleichen schwierigen Bedingungen und zur gleichen Zufriedenheit“.



Um Gleichberechtigung bemüht: UN-Generalsekretär Ban Ki-moon.